

KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT (EIZ)**



Seit Januar 2012 arbeitet die gesamte Hauptabteilung EIZ mit PASTIS. Damit ist die KAS die erste deutsche politische Stiftung, die weltweit ein modernes, transparentes und einheitliches Projekt-abrechnungs- und steuerungsinstrument einsetzt.



EUROPAPOLITIK:
Auf einer Veranstaltung der KAS sprach die albanische Parlamentspräsidentin Jozefina Topalli über den Reformprozess Albaniens auf dem Weg in die EU.



POLITISCHER DIALOG:
Am 9. Februar diskutierten rund 30 Experten aus Großbritannien und Deutschland auf einem zweiten Workshop innerhalb des Deutsch-Britischen Sicherheitsdialogs.



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG:
Die KAS organisierte in Stuttgart mit griechischen Bürgermeistern ein Seminar über wirtschaftspolitische Strategien auf kommunaler Ebene.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 4
Umwelt, Klima und Energie
- Seite 7
Politischer Dialog
- Seite 10
KAS-Panorama
- Seite 12
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 13
Europapolitik
- Seite 14
Medien
- Seite 16
Demokratie und Entwicklung
- Seite 18
Rechtsstaat
- Seite 19
Neuigkeiten aus der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit
- Seite 20
Neuerscheinungen

„UMWELTSCHUTZ ALS AUFGABE DER VÖLKERGEMEINSCHAFT“

Grundsatzrede von Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen MdB anlässlich der IX. KAS-Völkerrechtskonferenz in Bonn

Die Folgen des voranschreitenden Klimawandels sind weltweit sichtbar. Dies wurde nicht nur beim Weltklimagipfel im südafrikanischen Durban im vergangenen Dezember deutlich gemacht. Die komplexen rechtspolitischen Herausforderungen, die ein effektiver Umweltschutz für die internationale Gemeinschaft mit sich bringt, waren auch Thema der IX. KAS-Völkerrechtskonferenz. Diese fand am 12. und 13. Januar 2012 in Bonn statt.

Umweltrechtsexperten aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa diskutierten den Stand völkerrechtlicher Abkommen zum Klimaschutz, menschenrechtliche Aspekte im Zusammenhang mit dem Klimawandel, die Verknüpfung von Umweltschutz und Entwicklung sowie die gerichtliche Durchsetzbarkeit von Umweltrecht.



Höhepunkt der Konferenz war die Grundsatzrede von Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen MdB, die dieser anlässlich der IX. KAS-Völkerrechtskonferenz im Bonner Wasserkwerk hielt. Röttgen sprach sich dafür aus, den Umweltschutz zu einem wichtigen Themenfeld der deutschen Außenpolitik zu machen. „Umweltpolitik ist Weltordnungspolitik“, sagte er vor ca. 300 Zuhörern.

> Fortsetzung auf Seite 3

V.l.n.r.: Dr. Gerhard Wahlers, stv. Generalsekretär der KAS, Prof. Dr. Patricia Kameri-Mbote, Gründungsdirektorin des International Environmental Law Research Center, der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen MdB, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Vorsitzender der KAS, und Gisela Elsner, Leiterin des Teams Lateinamerika in der HA EIZ und Koordinatorin Rechtsstaat in der KAS

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



mittlerweile liegt die verheerende Katastrophe in dem Atomkraftwerk in Fukushima ein Jahr zurück. In Deutschland wurde daraufhin die ohnehin angestrebte Energiewende beschleunigt und der schnelle Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Damit wird Deutschland sein Energiesystem innerhalb einer Generation nahezu vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Die Praxis zeigt, dass zunächst noch große Herausforderungen bewältigt werden müssen. So sind z. B. die steigenden Energiekosten dem Verbraucher nicht leicht zu vermitteln, angesichts der Anforderungen des globalen Wettbewerbs können sie sogar zu einem Standortnachteil werden. Außerdem braucht es eine sichere Energieversorgung für den Übergang. Ohne Gas und Kohle wird dies nicht gelingen. Für Europa stellt sich die Frage, wie sich die deutsche Energiewende in den europäischen Energiebinnenmarkt integriert und welche politischen Implikationen daraus für Deutschland und die anderen EU-Mitgliedsländer folgen.

Die in vielen Ländern anfänglich zu beobachtende Skepsis gegenüber der deutschen Energiewende ist einem zunehmenden Interesse gewichen. Insbesondere Schwellenländer wollen mehr darüber erfahren, wie der Übergang ordnungspolitisch und technisch gestaltet wird. Letztlich müssen auch sie mit Blick auf die knappen fossilen Energieressourcen und die Auswirkungen des Klimawandels langfristig Wege zur Nutzung von erneuerbaren Energien erschließen. Für Entwicklungsländer sind vor allem die Herausforderungen, die mit der Fähigkeit zur Anpassung an den Klimawandel verbunden sind, von besonderer Bedeutung. Klimaallianzen und globale Finanzstützen, wie sie bei den Klimaverhandlungen diskutiert werden, können dabei ein sinnvolles Instrument sein. Allerdings werden Geldmittel ohne stabile ordnungspolitische Rahmenbedingungen nur eine geringe Wirkung erzielen.

Die KAS hat sich im vergangenen Jahr in ihrer europäischen und internationalen Arbeit verstärkt den Schwerpunktbereichen Klima- und Energiepolitik gewidmet. Ziel ist es, unsere christlich-demokratischen Wurzeln, die sich aus der Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung und der Sozialen Marktwirtschaft ergeben, in unsere Arbeit einfließen zu lassen. Die vorliegende Ausgabe der KAS-International enthält deshalb den Schwerpunkt Umwelt, Klima und Energie.

In den vergangenen Wochen haben uns die Ereignisse rund um unser Büro in Kairo sowie um unsere beiden von den ägyptischen Behörden angeklagten Mitarbeiter stark beschäftigt und belastet. Es ist uns dank der Hilfe vieler gelungen, die Ausreise beider zu ermöglichen. Gleichwohl geht das Verfahren gegen sie und die Stiftung weiter. Wir sehen an diesem Beispiel, dass der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte im Kontext der Umbrüche im Nahen Osten und in Nordafrika nicht von allen geschätzt wird. Den Einschüchterungsversuchen derjenigen, die zivilgesellschaftliches Engagement für Freiheit und Demokratie kriminalisieren wollen, werden wir uns jedoch weiterhin mit Wort und Tat widersetzen. Wir werden Sie über die Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

Berlin, im März 2012


Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Michael Lange
(Gesamtkoordination)
■ Silke David
■ Manuel Peter

■ Dr. Céline-Agathe Caro

(Europapolitik)
■ Gisela Elsner
(Rechtsstaat)
■ Sebastian Barnet Fuchs
(Demokratie und Entwicklung)
■ Dr. Christian Hübner
(Umwelt, Klima und Energie)
■ Dr. Patrick Keller
(Politischer Dialog)
■ Angelika Mendes
(Medien)
■ Susanna Vogt
(Wirtschafts-
und Sozialordnung)

Kontakt über:

Vorname.Nachname@kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign,
Köln

Fotos

KAS, gilles vallée-fotolia.com

© 2012

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



ClimatePartner 
klimaneutral
gedruckt

Zertifikatsnummer:
10033-1203-1001
www.climatepartner.com



„UMWELTPOLITIK IST WELTORDNUNGSPOLITIK.“

Dr. Norbert Röttgen MdB

SCHWERPUNKTTHEMA ■

„UMWELTSCHUTZ ALS AUFGABE DER VÖLKERGEMEINSCHAFT“

Fortsetzung
von Seite 1 ►

In klaren Worten forderte der Minister eine Abkehr vom „Gegenwartsegoismus“, der in Ressourcenausbeutung und Umweltverschmutzung seinen Ausdruck finde. Klima- und Ressourcenschutz müssten elementarer Bestandteil des Wachstums werden, so Röttgen.

Der Minister verwies dabei auch auf die ethische Dimension des Problems: Ausgelöst wurde der Klimawandel durch die Industriestaaten, von seinen Folgen sind aber vor allem Entwicklungsländer und kleine Inselstaaten betroffen. Er bezeichnete es als wichtigen Erfolg der Klimakonferenz von Durban, dass die europäischen Staaten eine strategische Partnerschaft mit den am wenigsten entwickelten Staaten der Welt geschlossen hätten. Die schnell wachsenden Schwellenländer konnten so zu Zugeständnissen bewegt werden, die sie den Industriestaaten gegenüber alleine nicht gemacht hätten, ist Röttgen überzeugt.

Die deutsche Bewerbung um einen Sitz im Klimafonds, der in Durban vereinbart wurde, ist für Röttgen die logische Konsequenz aus der deutschen Vorreiterrolle in Sachen Umweltpolitik. Er verwies dabei auf die

hohe Glaubwürdigkeit und Anerkennung, die Deutschland in diesem Bereich genieße. Die Welt schaue darauf, wie Deutschland die Energiewende weg von der Atomkraft und hin zu erneuerbaren Energien gelinge.

Für die rund 20 anwesenden internationalen Umweltrechtsexperten kommentierte Prof. Dr. Patricia Kameri-Mbote, Gründungsdirektorin des International Environmental Law Research Center, die Rede des Umweltministers. Sie hob ebenfalls die strategische Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den am wenigsten entwickelten Ländern beim Klimaschutz hervor. Zudem warb sie für nachhaltige Entwicklungsansätze, besonders in den ärmeren Staaten.

Bereits in der Begrüßung hatte der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, den Umweltschutz als Prinzip des christlich-demokratischen Selbstbilds bezeichnet. Er erinnerte an die Europäische Klimaschutzgesetzgebung, die er im April 2009 als Präsident des Europäischen Parlaments mit unterzeichnet hatte und die als wichtiger Impuls für die im selben Jahr im mexikanischen Cancún abgehaltene Weltklimakonferenz gilt.

NACHHALTIGKEIT IN DER ENERGIEPOLITIK

V.l.n.r.: Bill Nitze, ehem. Abteilungsleiter für Internationale Aktivitäten der US-Umweltbehörde, Dr. Lars Hänsel, Büroleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung Washington, Dr. Günter Krings MdB, Bart Gordon, ehem. Abgeordneter des US-Repräsentantenhauses, und Michael Mehling, Direktor des Ecologic Institute Washington

Angesichts der kontrovers debattierten amerikanischen Umwelt- und Energiepolitik organisierte die KAS in Zusammenarbeit mit dem Ecologic Institute am 2. Februar eine Diskussionsrunde zum Thema „Sustainability in Energy Policy and Beyond – A Modern Conservative Approach in German Politics“. Dabei erinnerte Dr. Günter Krings MdB, stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Gesprächspartner daran, dass sparsame Energienutzung sowohl aus wirtschaftlichen als auch moralischen Gründen zu unterstützen sei. Der ehemalige Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats für Nachhaltige Entwicklung nutzte das Forum, um den amerikanischen Energieexperten die deutschen Ziele und Entwicklungen des letzten Jahres umfassend vorzustellen. Es wäre unumgänglich, dass die Regierung die Anreize



für die Wirtschaft schaffen würde, um langfristig und nachhaltig agieren zu können. Innovation und neue Technologien könnten dies nicht allein bewältigen, so Krings, auch wenn einige amerikanische Gesprächspartner ausschließlich auf diese setzen wollten.

Für eine nachhaltige Nutzung globaler Güter

■ UMWELT, KLIMA UND ENERGIE



Salomão Moyana, Journalist, Sultan Mussa, Koordinator KAS, Salomão Muchanga, Vorsitzender Jugendparlament, und Teilnehmer

GOLDGRÄBERSTIMMUNG IN MOSAMBIK – WELCHE CHANCEN FÜR JUNGE LEUTE?

Vor dem Hintergrund der globalen Suche nach Rohstoffen sind die großen internationalen Firmen, wie Vale, Rio Tinto und ENI, auch in Mosambik tätig. Das Land verfügt über reichhaltige Kohle- und Gasvorkommen, mit deren Ausbeutung zugleich große wirtschaftliche Hoffnungen für die regionale Entwicklung verbunden sind, sich aber auch schon jetzt die negativen Auswirkungen mit Blick auf die damit einhergehenden Umsiedlungen abzeichnen. In der Provinz Tete kommen beide Entwicklungen zusammen.

Welche Auswirkungen hat die Rohstoffförderung für die Region? Welche Chancen bieten sich für junge Leute? In Anbetracht erster örtlicher Proteste diskutierten Mitglieder des mosambikanischen Jugendparlaments in Tete am 31. Januar und 1. Februar 2012 mit Sergio Vieira, ehem. Leiter von Vale Zambezia, dem Journalisten Salomão Moyana, Vertretern der Stadt Tete und politischen Parteien diese Fragen. In der Provinz war die in Zusammenarbeit mit der KAS durchgeführte Veranstaltung ein gelungener Ansatz zum Dialog zwischen den verschiedenen Interessengruppen. Der Gouverneur der Provinz Tete hat inzwischen zugesagt, die Bedingungen für Umsiedlungen zu verbessern.

KONFERENZ ÜBER „ENERGIEEFFIZIENZ UND NUTZUNG ERNEUERBARER ENERGIEQUELLEN“ IN BELGRAD

Im Zuge der EU-Annäherung muss Serbien mehr Anstrengungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung unternehmen. Zurzeit ist Serbien eines der Länder in Europa mit dem höchsten Energieverbrauch pro Produktionseinheit und mit der geringsten Energieeffizienz. Diskutiert wurden am 5. Dezember 2011 die aktuelle Situation sowie Fortschritte und Hemmnisse für die weitere Entwicklung. Wichtig für Fortschritte im Bereich der nachhaltigen und effizienten Energieversorgung sind umfassende Reformen zur Stärkung der marktwirtschaftlichen Faktoren im Energiesektor und die Diskussion einer Langzeitstrategie für Versorgung, die die serbische Regierung mit Nachdruck und mit Unterstützung der Europäischen Union umsetzen muss.



Unter anderem diskutierten der serbische Umweltminister Oliver Dulic, der Chef der EU-Delegation in Serbien, Vincent Degert, und der Leiter des KAS-Auslandsbüros in Serbien und Montenegro, Henri Bohnet.



UMWELTSCHUTZ IN DER POLITISCHEN DEBATTE

UMWELTCHARTA AN ALLE PRÄSIDENTSCHAFTSKANDIDATEN

Rechtzeitig vor dem Wahlkampfbeginn im Senegal initiierten die KAS und die Universität Dakar ein Symposium über die Frage, wie die Umwelt ins Zentrum der politischen Debatte gestellt werden kann. Trotz politischer Unruhen kamen mehr als 100 hochkarätige Teilnehmer zu der Veranstaltung (s. Bild oben). Politiker, leitende Parteimitglieder und Vertreter der Wirtschaft, der Medien, internationaler Organisationen und der Wissenschaft beleuchteten die relevanten Themen: Grüne Berufe, Verantwortung der Unternehmer, Architektur und Städtebau, Energie- und Wasserversorgung, die besondere Rolle der schulischen und außerschulischen Erziehung sowie der Medien im Umweltschutz und die Verantwortung der Politiker bei der Planung einer nachhaltigen Entwicklung. Erarbeitet wurde bei dem Symposium eine nationale Umweltcharta, die den politischen Parteien, Universitäten, Wirtschafts- und anderen Gesellschaftsakteuren übergeben wurde. Die 14 Präsidentschaftskandidaten versprachen, die Umweltproblematik intensiver in ihren Parteien zu diskutieren und in ihre Programme aufzunehmen. Hoffentlich nicht nur ein Wahlkampfversprechen.



UMWELT, KLIMA UND ENERGIE ■

Der ehemalige thüringische Staatssekretär Prof. Dr. Christian Juckenack referierte in Seoul über umwelt- und arbeitsmarktpolitische Potenziale einer ressourcenschonenden Wirtschaft.

KOREAS „GRÜNES WACHSTUM“ UND DIE EU

Die Anwendungsbereiche „grüner Technologie“, ihr Effekt auf „grünes Wachstum“ der aufstrebenden Industrienation Südkorea und die Modellfunktion der EU beim Emissionshandel standen im Fokus einer Fachkonferenz zu „Koreas grünem Wachstum“, die im Dezember 2011 vom KAS-Auslandsbüro Korea durchgeführt wurde.

Vertreter von EU-Ländern mit Erfahrungen im Emissionshandel (ETS) betonten den Erfolg, der damit im Hinblick auf die Klimareduktion erreicht werden konnte. Dass eine Wahrnehmung von CO₂ durch die Unternehmen als Kostenfaktor zu einer konsequenten Veränderung im Umgang damit geführt habe, wurde als eine der Haupterrungenschaften des Systems bewertet. Mitglieder des Komitees des Präsidenten für Grünes Wachstum stellten Südkoreas Bemühungen zur Reduktion von CO₂-Emissionen vor. Das Land habe seit 2009 eine bedeutende Rolle im Hinblick auf Emissionsreduktionen gespielt, indem es ein „Target Management System“ etabliert habe. Gerade werde

an einer südkoreanischen Version des ETS gearbeitet, welche von den Erfahrungen aus Übersee profitieren und 2015 in Kraft treten solle.

Der ehemalige thüringische Staatssekretär Prof. Dr. Christian Juckenack referierte über nachhaltiges Wachstum und betrachtete dabei vor allem die Situation der erneuerbaren Energien. Repräsentanten der südkoreanischen Großindustrie vertieften die Thematik der Unterstützung von Entwicklungsländern bei „grünem Wachstum“ anhand von Beispielen aus der Unternehmenspraxis.

Klar wurde die starke Anwendungsorientierung ökologisch-ökonomischer Konzepte wie „Greentech“ in Südkorea, wobei Umweltpolitik und ökologisches Wirtschaften ausschließlich unter Aspekten des volkswirtschaftlichen Nutzwerts bewertet werden. Deutlich erkennbar war, welche Führungsrolle die Industrie in Südkorea – im Unterschied zur Regierung – bei umweltpolitischen Themen wahrnimmt.

V.l.: Susmita Shekhar, Generalsekretärin PHD Chamber, Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister von Stuttgart, Sandip Somany, Präsident PHD Chamber, Cord Meier-Klodt, Gesandter, Deutsche Botschaft Neu-Delhi, Dr. Beatrice Gorawantschy, Leiterin des Auslandsbüros Indien

HERAUSFORDERUNGEN DES 21. JAHRHUNDERTS AUS EUROPÄISCHER PERSPEKTIVE

MIGRATION, BILDUNG UND GRÜNE TECHNOLOGIEN

Vortragsveranstaltung mit Dr. Wolfgang Schuster, Oberbürgermeister Stuttgart

Am 16. Januar 2012 veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der PHD Industrie- und Handelskammer und der Deutschen Botschaft in Delhi eine

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit dem Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Dr. Wolfgang Schuster, zum Thema „Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Eine Europäische Perspektive: Migration, Bildung und Grüne Technologien“.

Der Oberbürgermeister erklärte, wieso eine im Vergleich zu indischen Megastädten kleine Stadt wie Stuttgart doch trotzdem ein „best practice Beispiel“ für Urbanisierung und nachhaltige Entwicklung sein könne.

Besonders wichtig für eine nachhaltige Entwicklung sei Energieeffizienz. Am Beispiel der Stadt Stuttgart veranschaulichte Schuster das Programm einer „Energieeffizienten Stadt“ durch Einsparungen in Bereichen wie Mobilität, Bau, Energiegenerierung und -verbrauch sowie dezentralisierte Strukturen auf Grundlage der neuen städtischen Energieversorgung. Die Nutzung lokaler Ressourcen wie Geothermie und Energiemanagement bei öffentlichen Gebäuden würden dieses Konzept zusätzlich unterstützen. Die Veranstaltung fand unter dem Motto „StadtRäume-CitySpaces“ des aktuellen Deutschlandjahres in Indien statt.



■ UMWELT, KLIMA UND ENERGIE

ODCA-PARLAMENTARIER FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG



V.l.n.r.: Senator Jorge Ocejo Moreno, Präsident des Verbandes christlich-demokratischer Parteien Lateinamerikas (ODCA), Gerardo Vargas Rojas, Präsident der christlich-demokratischen Partei Costa Ricas (PUSC), Sergio Araya, KAS-Auslandsbüro Costa Rica

Die lateinamerikanischen Christdemokraten bekennen sich zu energischen Aktionen gegen den Klimawandel und für eine nachhaltige, umweltverträgliche Entwicklung. Entsprechende Eckpunkte verabschiedete jetzt das Parlamentariernetzwerk Klima/Umwelt der ODCA-Parteien, das auf Initiative und in Kooperation mit der KAS bereits zum zweiten Mal zusammenkam: nach einer ersten Tagung in Mexiko war diesmal Costa Rica Veranstaltungsort. In beiden Ländern setzen die jeweiligen Mitgliedsparteien umweltpolitische Schwerpunkte. Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung und Sorge um die Umwelt gehören, so die Parlamentarier, zum Kernbestand christlich-demokratischer Werte. „Nur eine nachhaltige Entwicklung ist eine menschliche Entwicklung“, heißt es in der Erklärung. Ziel ist nun, die Zusammen-

arbeit der Fachpolitiker auszuweiten, um Umwelt- und Klimafragen noch stärker in der programmatischen Entwicklung der ODCA-Parteien und ihrem konkreten politischen Handeln zu verankern.

KLIMAWANDEL UND UMWELTSCHUTZ IN LATEINAMERIKA



V.l.n.r.: Williams Alexander Chuc, Ländliche Entwicklungsvereinigung für die Zusammenarbeit im Westen des Landes (CDRO), Luis Cuá (CDRO), Marcelino Jiménez, Führungskraft der Ethnie der Ngäbe-Bugle, und Avila Quinilla, Politische Vereinigung der Maya-Frauen (Moloj)

Im Dezember führte das Regionalprogramm „Politische Partizipation Indígena“ (PPI) in Guatemala eine Veranstaltung zum Thema „Klimawandel, Umweltschutz und indigene Völker“ durch. Die indigenen Völker Lateinamerikas sind vom Klimawandel besonders betroffen. Da zahlreiche Ethnien als Jäger und Sammler auf die Unversehrtheit ihrer Lebensräume angewiesen sind, kommt es oft zu Konflikten mit den Nationalstaaten, die den Abbau von Rohstoffen fördern, was oft irreversible Schäden der Umwelt zur Folge hat. In einem Workshop diskutierten Experten, Politiker und Vertreter indigener Organisationen aus mehreren Staaten Lateinamerikas die Vision der indigenen Völker in Bezug auf Umwelt- und Klimaschutz sowie die Möglichkeiten der staatlichen Politik, Lebensräume zu schützen und dem Klimawandel vorzubeugen. Ziel der Veranstaltung war es, einen Dialog zwischen den Vertretern indigener Organisationen und staatlicher Stellen zu fördern, um die Entwicklung gemeinsamer Lösungsvorschläge anzuregen.

Energiepolitik und Klimaschutz – Wo stehen wir zwanzig Jahre nach Rio?

Am 23. Februar 2012 lud das KAS-Auslandsbüro in Riga gemeinsam mit dem Ministerium für Umweltschutz und Regionale Entwicklung der Republik Lettland zur Konferenz „Energiepolitik und Klimaschutz – Wo stehen wir zwanzig Jahre nach Rio?“ ein. Rund 150 Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus der Ostseeregion diskutierten über Alternativen zur Atomenergie nach Fukushima, effiziente Energienutzung sowie Szenarien zukünftiger umweltschonender und nachhaltiger Energiegewinnung für Lettland und Europa.

Angesichts der Pläne Lettlands und Litauens, im litauischen Visaginas bis zum Jahr 2020 ein Kernkraftwerk zur langfristigen Energieunabhängigkeit der baltischen Staaten vom russischen Nachbarn zu errichten, wurde kontrovers über dieses Projekt v. a. hinsichtlich der bestehenden Kosten-Nutzen-Kalkulation diskutiert. Vielmehr scheinen in der Region bei weitem nicht alle Möglichkeiten der effizienten Nutzung der bestehenden Ressourcen bzw. der Ausbau kostengünstiger und umweltschonender Quellen der Energiegewinnung ausgeschöpft. An der Konferenz nahm, neben dem lettischen Umweltminister Edmunds Sprūdžs, die ehemalige Ministerin für Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Baden-Württemberg, Tanja Gönner, teil.

Klimaverhandlungen im südafrikanischen Durban

Präsenz zeigte die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) während der Klimaverhandlungen (COP17) in Durban gleich mit drei Veranstaltungen, die allesamt in Kooperation mit dem langjährigen KAS-Partner Democracy Development Programme (DDP) sowie der Umweltinitiative Climate Smart Cape Town (CSCT) organisiert und durchgeführt wurden. So fand zum Beispiel im Rahmen der „German Hour“ am Deutschen Stand der CCR-Expo eine Podiumsdiskussion zum Thema „Sustainable Mega-Events: Experiences and Insights from South Africa, India and Brazil“ statt, die vom Deutschen Botschafter Horst Freitag eröffnet wurde. Hintergrund war die gleichnamige Publikation, die die KAS mit ihren Partnern aus Brasilien, Indien und Südafrika erstellt hat.

Der politische Dialog dient dem Meinungsaustausch sowie der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

POLITISCHER DIALOG ■

DEUTSCH-BRITISCHER SICHERHEITSDIALOG

Nach einem ersten Workshop im Dezember 2011 in London fand am 9. Februar 2012 in Berlin der zweite Workshop innerhalb des Deutsch-Britischen Sicherheitsdialogs statt. Dieser Dialog wird von der Konrad-Adenauer-Stiftung London in Kooperation mit dem britischen Royal United Services Institute organisiert. Unter dem Thema „Gemeinsame Herausforderungen mit Blick auf den NATO-Gipfel in Chicago“ diskutierten etwa 30 Experten aus dem Vereinigten Königreich und aus Deutschland die Perspektiven des Transatlantischen Bündnisses und die Rolle, die Europa darin spielt. Aus dieser Kooperation wird eine Studie hervorgehen. Das Projekt dient nicht zuletzt dem Ziel einer Verbesserung der deutsch-britischen Sicherheits- und Verteidigungskooperation.



V.l.: Der britische Botschafter, Simon McDonald, die frühere Leiterin Internationale Sicherheitspolitik im britischen Verteidigungsministerium, Gloria Craig, und der Politische Direktor im Bundesverteidigungsministerium, Dr. Ulrich Schlie



Philipp Mißfelder, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Gespräch mit Shi Taifeng, stellvertretender Parteisekretär der KP Jiangsu

DEUTSCH-CHINESISCHER PARTEIENDIALOG 2012

Vom 8. bis 10. Januar 2012 besuchte eine Delegation von Bundestagsabgeordneten und jungen Familienunternehmern unter der Leitung von Philipp Mißfelder, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Shanghai, Nanjing und Taicang und nahm am diesjährigen Parteiendialog mit der Kommunistischen Partei Chinas teil. Auf einem Workshop kamen die Entwicklung der chinesisch-deutschen Beziehungen, die innenpolitischen Herausforderungen beider Länder und die Vorbildfunktion deutscher kleiner- und mittelständischer Unternehmen sowie deren Tätigkeit in China zur Sprache. Zudem waren Energie- und Rohstoffsicherheit ein Hauptthema der Diskussion: Von deutscher Seite wurde besonders der faire Zugang zu den hauptsächlich in China produzierten „Seltenen Erden“ eingefordert, bei denen eine große Abhängigkeit der deutschen Industrie besteht.

BEGINN DES ZIVIK-PROGRAMMS IN DER CASAMANCE

Am 16. Februar wurde offiziell das neue Zivik-geförderte Projekt zur Krisenprävention in der Casamance lanciert. Die Casamance ist die südlichste Region Senegals. Als Enklave vom Rest des Landes geographisch abgeschnitten, ist sie seit zwanzig Jahren Schauplatz gewalttätiger Konflikte. In Trainings werden Vertretern von Legislative, Exekutive und Judikative, Medien und Sicherheitskräften sowie der Zivilgesellschaft Methoden der friedlichen Konfliktbearbeitung vermittelt. Auch die Vermittlung demokratischer Prozesse ist ein Schwer-



Andrea Kolb (2.v.r.), Leiterin des KAS-Auslandsbüros im Senegal, mit Teilnehmern des Projekts zur Krisenprävention

punkt. Die Zielgruppe – vor allem junge Menschen und Frauen – wird in die Lage versetzt, die erworbene Expertise in ihrem Umfeld einzusetzen, so dass Spannungen auf friedliche Weise reguliert werden können. So werden bewaffnete Konflikte und Gewaltanwendung vermieden und demokratische und rechtsstaatliche Strukturen einfacher und nachhaltiger entwickelt.

*Eröffnung der Tagung
mit balinesischem Tanz,
im Hintergrund v.l.n.r.:
Prof. Peter Schiwy,
Dr. Jan Woischnik (KAS),
Wimar Witoelar*



■ POLITISCHER DIALOG

PODIUMSDISKUSSION UND AUSSTELLUNG IN INDONESIAEN:

„DIE MAUER. EINE GRENZE DURCH DEUTSCHLAND“

Was man als junger Mensch von alten Mauern und neuen Reformen lernen kann, konnten 150 indonesische Studierende und Lehrende am 6. Februar an der Udayana-Universität in Denpasar auf Bali erfahren. Dort eröffnete die KAS mit einer Podiumsdiskussion die Ausstellung „Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“, die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und den Zeitungen BILD und DIE WELT konzipiert wurde. Sie erzählt die Geschichte der DDR vom Mauerbau über die Fluchtversuche bis hin zur Wiedervereinigung und den späteren „Mauerschützenprozessen“. Als Teil der „Deutschlandwochen“ soll sie außerdem die sechzigjährigen diplomatischen Beziehungen zwischen Indonesien und Deutschland sichtbar machen und festigen.

Die Podiumsdiskussion bot mit Wimar Witoelar und Prof. Peter Schiwy zwei Vollblutjournalisten und Diskussionspartner auf Augenhöhe. Abgerundet wurde das Podium durch Moderator Dr. Jan Woischnik, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Indonesien und Ost-Timor, sowie dem Vizepräsidenten der Udayana-Universität, Prof. I Gede Putu Wirawan. Die beiden Journalisten teilten ihre persönlichen Erfahrungen des Mauerfalls einerseits und des Rücktritts Suhartos andererseits mit dem Publikum. So entstand im Anschluss eine lebendige Diskussion über die Vergleichbarkeit der Umbrüche in beiden Ländern. Einigkeit bestand jedoch darin, dass nur eine aktive Zivilgesellschaft politische Veränderungen vorantreiben kann.

NEUE STRATEGIEN ZUR KONFLIKTBEILEGUNG IN SÜDTHAILAND

Hochrangige Vertreter der Sicherheitskräfte, der Sonderverwaltung Süd und Politiker diskutierten auf Einladung der KAS und der Britischen Botschaft in Bangkok mit NGO-Vertretern und Journalisten „Neue Strategien zur Konfliktbeilegung in Südthailand 2012–2014“. Über 120 Anwesende im Foreign Correspondent Club folgten den Ausführungen des Sprechers des Internal Security Operation Command, des stv. Generalsekretärs der Sonderverwaltung, eines Mitglieds des National Security Council und dem Vorsitzenden des Justizausschusses der Nationalversammlung.

Die neue Strategie im Umgang mit der anhaltenden Gewalt im Süden Thailands setzt verstärkt auf Einbeziehung der muslimisch-malaiischen Bevölkerung, die in den vier südlichsten Provinzen Thailands die Mehrheit der Einwohner bildet. Militärisch-polizeiliche Maßnahmen sollen dagegen zurückgefahren werden. Journalisten und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen äußerten sich demgegenüber skeptisch und



V.l.n.r.: Ekkarin Tuansiri, Patani Forum, Generalmajor Acra Tiparoj, Internal Security Operation Command ISOC, Danai Moosa, National Security Council, Chairat Thomya, Moderator (Thai Public Broadcasting Systems)

forderten weitergehende Initiativen wie etwa zweisprachigen Unterricht und Infrastrukturprojekte.

Die KAS fördert mit einem von der EU kofinanzierten Projekt die juristische Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen unter den im Süden geltenden Ausnahmegesetzen. Das Projekt wird zusammen mit der Cross Cultural Foundation und dem Muslim Attorney Centre durchgeführt.



Dr. Babak Khalatbari (Mitte, Leiter des KAS-Auslandsbüros Pakistan) mit Abgeordneten und weiteren Teilnehmern der Podiumsdiskussion

DIALOG ZWISCHEN DER EU UND AFPAK

Eine enge Kooperation zwischen den beiden Nachbarstaaten Afghanistan und Pakistan ist ein entscheidender Faktor für die Stabilisierung der Region – darin waren sich alle Experten einig, die an der Konferenz „Europäisch-Pakistanisch-Afghanischer Dialog: Herausforderungen und Perspektiven“ teilnahmen. Organisiert wurde die eintägige Veranstaltung, die am 30. Januar in Islamabad stattfand, vom KAS-Auslandsbüro in Pakistan in Zusammenarbeit mit dem Center for International Strategic Studies.

Ausschlaggebend für den Erfolg der Konferenz war unter anderem der Ansatz einer „Mehrebenen-Diplomatie“: Rund 300 afghanische, pakistanische und europäische Vertreter aus Regierung und Parlament, Diplomatie, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft trafen sich, um ihre Ansichten auszutauschen. Diskutiert wurden die Themen regionale Sicherheit, Rolle der Medien, politische und ökonomische Zusammenarbeit mit der EU sowie regionale Kooperation. Aus Deutschland nahmen unter anderem die CDU-

Abgeordneten Ernst-Reinhard Beck MdB, Roderich Kiesewetter MdB und Michael Gahler MdEP teil.

Eröffnet wurde die Konferenz vom bisherigen deutschen Botschafter in Pakistan, Dr. Michael Koch, der künftig als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Afghanistan und Pakistan zuständig sein wird. Es war die erste Veranstaltung nach der Internationalen Bonner Konferenz 2011 zum Thema regionale Einbindung. Eine besondere Bedeutung erhielt die Konferenz, weil diesmal auch die pakistanische Seite vertreten war – die Teilnahme in Bonn hatte Islamabad kurzfristig abgesagt.

Im Anschluss an die Veranstaltung führten die Abgeordneten Beck, Kiesewetter und Gahler politische Gespräche. Unter anderem trafen sie Außenministerin Hina Rabbani Khar, den Senatspräsidenten Farooq Naek, den stellvertretenden Parlamentssprecher Faisal Karim Kundi sowie Kabinettsmitglieder verschiedener Parteien.

SOZIALE BEWEGUNGEN UND VERFASSUNGSREFORMEN IN DER ARABISCHEN WELT



Prof. Dr. Mohamed Tozy, Direktor des Centre Marocain des Sciences Sociales (CM2S), Universität Hassan II, Casablanca

Der mit dem „Arabischen Frühling“ neu angestoßene Transformationsprozess in der arabischen Welt hat zum einen gezeigt, dass Forderungen nach Würde und einem integren, partizipativen politischen System in der arabischen Welt allgegenwärtig sind. Zum anderen hat er Unterschiede im Hinblick auf den Willen und die Fähigkeit der arabischen Staaten zu Reformen offenbart.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat zusammen mit dem Centre Marocain des Sciences Sociales und dem Centre de Développement de la Région de Tensift am 16. und 17. Dezember 2011 in Marrakesch eine internationale Konferenz zum Thema „Soziale

Bewegungen und Verfassungsreformen in der arabischen Welt“ veranstaltet.

Auf der überregionalen Konferenz waren Referenten aus Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Mauretanien, Bahrain und Irak vertreten. Ziel der Veranstaltung war es, eine Bestandsaufnahme der aktuellen soziopolitischen und institutionellen Entwicklungen in der arabischen MENA-Region zu geben und mögliche Chancen und Herausforderungen eines politischen Wandels aufzuzeigen. Ob die eingeleiteten Verfassungsreformen zu einem echten demokratischen Wandel führen, bleibt nach einhelligem Tenor der Konferenzteilnehmer abzuwarten und ist für jedes Land unterschiedlich zu bewerten.

Ausgewählte Veranstaltungen

■ KAS-PANORAMA



EUROPA UND NORDAMERIKA

15 Europa aus der Krise führen

Forum
Dublin, 19.-20. April 2012

14 Nach der Krise! Deutschland und seine Partner in einem sich ändernden Europa

Konferenz
Toronto, 21.-22. April

18 Europäischer Runder Tisch: Neujustierung des Verhältnisses von Europa zum Nationalstaat – Lehren aus der Krise

Konferenz
Santiago de Compostela, 29. April – 1. Mai 2012

40 Deutsch-Georgisches Strategieforum

Dialogveranstaltung
Tiflis, 2.-3. Mai 2012

19 Die Medien und die 70er Jahre – Eine komplexe Aufarbeitung

Fachkonferenz
Rom, 8. Mai 2012

36 Europatag 2012

Konferenz
Mazedonien, 9. Mai 2012

30 Rechtspolitik und Justizreformen in Südosteuropa: Auf dem Weg zur europäischen Integration

Regionalkonferenz
Dubrovnik, 13.-16. Mai 2012

LATEINAMERIKA

11 12 Einführung in die Politische Kommunikation

Seminar
Brasilia, 17. April
Montevideo, 19. April

11 Nachhaltige, umwelt- und klimagerechte Entwicklung und Wirtschaftswachstum – Ein Widerspruch in Lateinamerika?

Internationale Konferenz
Rio de Janeiro, 17.-18. April

8 Verantwortung des Menschen für die Schöpfung – Klimawandel in der Region Ica 2030

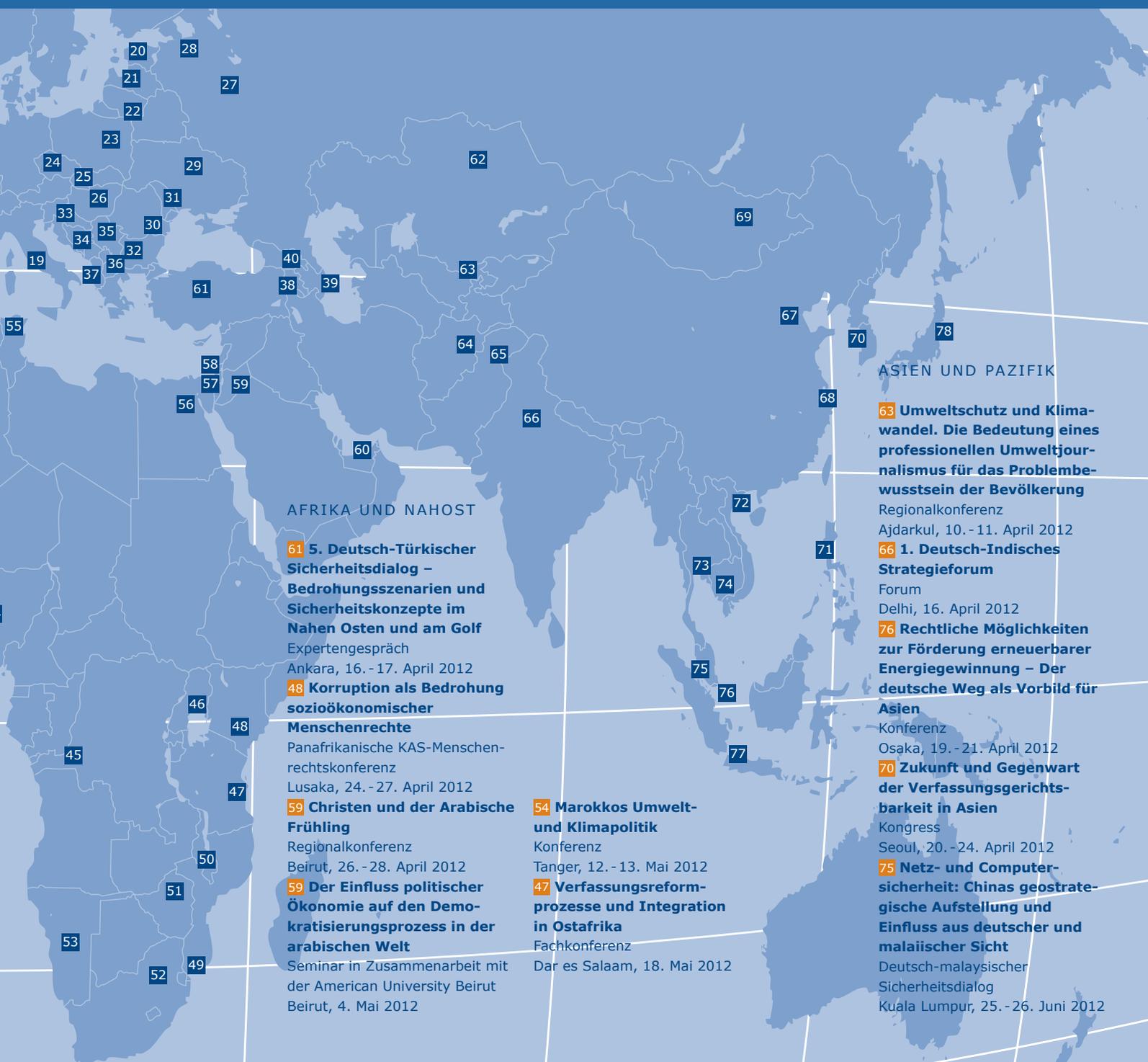
Fachkonferenz
Ica, 27.-28. April

Klimawandel – die Verantwortung des Menschen für die Schöpfung Gottes

Internationales Forum
Panama City, 7.-9. Juni 2012

AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | LATEINAMERIKA 1 Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) 2 Mexiko, Mexiko-Stadt (Regionalprogramm Politische Kommunikation) 3 Mexiko, Mexiko-Stadt (Regionalprogramm Politische Kommunikation) 4 Mexiko, Mexiko-Stadt (Regionalprogramm Politische Kommunikation) 5 Venezuela, Caracas 6 Kolumbien, Bogotá 7 Ecuador, Quito 8 Peru, Lima 9 Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation) 10 Bolivien, La Paz (Regionalprogramm Politische Partizipation) 11 Uruguay, Montevideo 12 Uruguay, Montevideo 13 Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) 14 USA, Washington

15 USA, Washington (Regionalprogramm Medien) 16 USA, Washington (Regionalprogramm Medien) 17 USA, Washington (Regionalprogramm Medien) 18 USA, Washington (Regionalprogramm Medien) 19 USA, Washington (Regionalprogramm Medien) 20 USA, Washington (Regionalprogramm Medien) 21 USA, Washington (Regionalprogramm Medien) 22 Litauen, Vilnius (Auslandsbüro und Verbindungsbüro für Weißrussland) 23 Polen, Warschau 24 Tschechische Republik, Prag 25 Slowakische Republik, Bratislava (Regionalprogramm Medien) 26 Slowakische Republik, Bratislava (Regionalprogramm Medien) 27 Slowakische Republik, Bratislava (Regionalprogramm Medien) 28 Slowakische Republik, Bratislava (Regionalprogramm Medien) 29 Slowakische Republik, Bratislava (Regionalprogramm Medien) 30 Slowakische Republik, Bratislava (Regionalprogramm Medien) 31 Republik Moldau, Chişinău 32 Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) 33 Kroatien, Zagreb (Regionalprogramm Medien) 34 Kroatien, Zagreb (Regionalprogramm Medien) 35 Kroatien, Zagreb (Regionalprogramm Medien) 36 Kroatien, Zagreb (Regionalprogramm Medien) 37 Kroatien, Zagreb (Regionalprogramm Medien) 38 Kroatien, Zagreb (Regionalprogramm Medien) 39 Aserbaidschan, Baku 40 Georgien, Tiflis (Auslandsbüro und Regionalprogramm Südlicher Kaukasus) | SUBSAHARA-AFRIKA 41 Senegal, Dakar 42 Ghana, Accra (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 43 Ghana, Accra (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 44 Ghana, Accra (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 45 Ghana, Accra (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 46 Ghana, Accra (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 47 Ghana, Accra (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 48 Kenia, Nairobi (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika) 49 Mosambik, Maputo 50 Malawi, Lilongwe 51 Simbabwe, Harare (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 52 Simbabwe, Harare (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 53 Simbabwe, Harare (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 54 Marokko, Rabat 55 Tunesien, Tunis 56 Ägypten, Kairo 57 Israel, Jerusalem 58 Palästinensische Gebiete, Ramallah 59 Jordanien, Amman 60 Vereinigte Arabische Emirate, Abu Dhabi (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 61 Vereinigte Arabische Emirate, Abu Dhabi (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 62 Vereinigte Arabische Emirate, Abu Dhabi (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 63 Vereinigte Arabische Emirate, Abu Dhabi (Regionalprogramm Subsahara-Afrika) 64 Afghanistan, Kabul 65 Pakistan, Islamabad 66 Indien, Neu Delhi (Auslandsbüro und Regionalprogramm Zentralasien) 67 Indien, Neu Delhi (Regionalprogramm Zentralasien) 68 Indien, Neu Delhi (Regionalprogramm Zentralasien) 69 Indien, Neu Delhi (Regionalprogramm Zentralasien) 70 Indien, Neu Delhi (Regionalprogramm Zentralasien) 71 Indien, Neu Delhi (Regionalprogramm Zentralasien) 72 Indien, Neu Delhi (Regionalprogramm Zentralasien) 73 Thailand, Bangkok 74 Kambodscha, Phnom Penh 75 Malaysia, Kuala Lumpur 76 Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Rechtsstaat) 77 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 78 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 79 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 80 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 81 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 82 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 83 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 84 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 85 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 86 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 87 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 88 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 89 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 90 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 91 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 92 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 93 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 94 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 95 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 96 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 97 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 98 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 99 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien) 100 Indonesien, Jakarta (Regionalprogramm Zentralasien)



Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Nord) **2** Guatemala, Guatemala-Stadt **3** Honduras, Tegucigalpa **4** Costa Rica, San José (Indigenas) **10** Chile, Santiago de Chile **11** Brasilien, Rio de Janeiro (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) **12** Mexiko, Mexiko-Stadt **13** Argentinien, Buenos Aires **14** USA, Washington **15** Großbritannien, London **16** Belgien, Brüssel (Europabüro) **17** Frankreich, Paris **18** Spanien, Madrid **19** Italien, Rom **20** Estland, Tallinn **21** Lettland, Riga **22** Litauen, Vilnius **23** Polen, Warschau **24** Tschechien, Prag **25** Ungarn, Budapest **26** Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und Regionalprogramm Süd- und Ost-Europa) **27** **28** Russische Föderation, Moskau und Sankt Petersburg **29** Ukraine, Kiew **30** Rumänien, Bukarest **31** Bulgarien, Sofia **32** Serbien, Belgrad **33** Bosnien und Herzegowina, Sarajevo **34** Albanien, Tirana **35** Serbien, Belgrad **36** Republik Mazedonien, Skopje **37** Albanien, Tirana **38** Armenien, Eriwan **39** Georgien, Tiflis **40** Türkei, Ankara **41** Aserbaidschan, Baku **42** Nigeria, Abuja **43** Benin, Cotonou (Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika) **44** Nigeria, Abuja **45** DR Kongo, Kinshasa **46** Uganda, Kampala **47** Tansania, Dar es Salaam **48** Tansania, Dar es Salaam **49** Tansania, Dar es Salaam **50** Tansania, Dar es Salaam **51** Tansania, Dar es Salaam **52** Republik Südafrika, Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) **53** Namibia, Windhuk | **NORDAFRIKA/NAHOST** **54** Marokko, Rabat (Regionalprogramm Arabische Golfstaaten) **55** Marokko, Rabat **56** Marokko, Rabat **57** Marokko, Rabat **58** Marokko, Rabat **59** Arabische Emirate, Abu Dhabi (Regionalprogramm Golfstaaten) **60** Arabische Emirate, Abu Dhabi **61** Türkei, Ankara | **ASIEN UND PAZIFIK** **62** Kasachstan, Astana **63** Usbekistan, Tashkent **64** Kasachstan, Astana **65** Kasachstan, Astana **66** Indien, Delhi **67** VR China, Peking und Shanghai **68** VR China, Peking und Shanghai **69** Mongolei, Ulan Bator **70** Republik Korea, Seoul **71** Philippinen, Manila **72** Vietnam, Hanoi **73** Indonesien, Jakarta **74** Indonesien, Jakarta **75** Indonesien, Jakarta **76** Indonesien, Jakarta **77** Indonesien, Jakarta **78** Japan, Tokio (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Asien)

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG

REFORMEN IN MALAYSIA

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS VORBILD

Malaysia steht vor großen ökonomischen Herausforderungen und will deshalb sein Wirtschaftsmodell reformieren. Das selbst gesteckte Ziel, bis 2020 den Status eines Industrielandes zu erreichen, setzt erhebliche Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Systeme voraus. Deshalb wird in Regierungs- und Expertenkreisen verstärkt über Beispiele und Erfahrungen in anderen Ländern diskutiert. Die KAS bringt sich in diese Diskussion mit dem Modell der deutschen Sozialen Marktwirtschaft wirk-

sam ein. Ein Expertenteam hat im Auftrag der KAS das malaysische Wirtschaftsmodell analysiert und mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verglichen. Die Ergebnisse wurden der Fachöffentlichkeit im Dezember 2011 in der Tun-Abdul-Razak-Universität in Kuala Lumpur präsentiert. Die Studie wird der malaysischen Regierung übergeben und als Grundlage für eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen im Jahr 2012 dienen.



Der Leiter des KAS-Expertenteams, Prof. Dr. Geoffrey Williams von der Academy for Responsible Management (rechts), übergibt die Studie an den Präsidenten der Tun-Abdul-Razak-Universität, Prof. Datuk Dr. Md. Zabid Abdul Rashid (links), in Anwesenheit des KAS-Vertreters in Malaysia, Jan Senkyr (Mitte).

EINE GEMEINSAME STABILITÄTSKULTUR IN EUROPA

Die europäische Schuldenkrise führt anhaltend vor Augen, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den Mitgliedstaaten der EU keine allein nationale Angelegenheit mehr ist. Auf einer eintägigen KAS-Fachkonferenz diskutierten vor diesem Hintergrund Experten aus Frankreich, den Niederlanden, Finnland, Estland, Polen, Lettland und Deutschland die Perspektiven einer gemeinsamen Stabilitätskultur für Europa. Dabei wurden die Ansätze für eine fiskalische Konsolidierung der Staatshaushalte genauso erörtert wie strukturelle Reformschritte, die zu einer

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit führen. Den Abschluss bildete eine öffentliche Veranstaltung mit dem gerade berufenen Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Dr. Peter Praet, und dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Steffen Kampeter MdB. Praet machte deutlich, dass stabiles Geld, solide Staatsfinanzen und wettbewerbsfähige Mitgliedstaaten die grundlegenden Voraussetzungen einer gemeinsamen Stabilitätskultur in Europa darstellten sollten – eine zutiefst ordnungspolitische Position.



DIALOG MIT ATHEN

Mit der Fachkonferenz „Die Europäische Schuldenkrise überwinden“ führte die Konrad-Adenauer-Stiftung Ende November 2011 ihre Kooperation mit dem Konstantinos Karamanlis Institute for Democracy aus Athen fort. Die Diskussteilnehmer der Veranstaltung in Berlin nahmen Ursachen sowie Lösungsoptionen für die griechische Krisensituation in den Blick und diskutierten darüber hinaus die ordnungspolitisch notwendigen Neuorientierungen für die EU.

V.l.: Der irische Abgeordnete Paschal Donohoe, Efthymios N. Christodoulou von der griechischen EFG Eurobank Ergasias und die polnische Europaparlamentarierin Danuta Jazłowiecka im Gespräch

WIRTSCHAFTSPOLITISCHES SEMINAR FÜR BÜRGERMEISTER AUS GRIECHENLAND



Die Konrad-Adenauer-Stiftung organisierte im Januar 2012 am Rande der Tourismusmesse CMT Stuttgart mit griechischen Bürgermeistern ein Seminar über wirtschaftspolitische Strategien auf kommunaler Ebene. An der Veranstaltung nahmen auch der

Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium und Beauftragte für die Deutsch-Griechische Versammlung, Hans-Joachim Fuchtel, Yiannis Boutaris, der Bürgermeister von Thessaloniki, sowie Roger Kehle, Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg, teil (v.l.).



V.l.n.r.: Matthias Schäfer, Leiter des Teams Wirtschaftspolitik in der Hauptabteilung Politik und Beratung in der KAS, Dr. Peter Praet, Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, Kristin Breuer, Leiterin des Wirtschaftsressorts bei der BILD-Zeitung, und Prof. Stefan Collignon von der Sant'Anna School of Advanced Studies, Pisa



EUROPAPOLITIK

V.l.: Pavlo Klimkin, stv. Außenminister der Ukraine, Petro Poroshenko, ehem. Außenminister der Ukraine, Nico Lange, Leiter des KAS-Auslandsbüros in der Ukraine, Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Resource Security (EUCERS) und Staatssekretär a. D., F. Stephen Larrabee, Professor für Europäische Sicherheitspolitik, RAND Cooperation

EUROATLANTISCHES FORUM 2012 – DIE UKRAINE UND DAS ABKOMMEN MIT DER EU:

WIRTSCHAFT, ENERGIE UND DEMOKRATIE

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine, die eigentlich durch die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens während des EU-Ukraine-Gipfels am 19. Dezember 2011 auf eine neue rechtliche Basis hätten gestellt werden sollen. Der Kern des Abkommens wäre die Gründung einer Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine gewesen. Aufgrund der für die EU inakzeptablen Defizite in der Ukraine mit Blick auf die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien wurde das Abkommen nicht unterzeichnet. Insbesondere die aus europäischer Sicht politisch motivierte Verhaftung und Verurteilung der ehemaligen Premierministerin Julija Tymoschenko und weiterer ehemaliger Mitglieder ihrer Regierung waren Grund für die Nichtunterzeichnung des Abkommens gewesen.

Das Euroatlantische Forum fand rund einen Monat nach dem gescheiterten Gipfel statt und rückte die vielseitigen Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine in den Fokus. Im Rahmen mehrerer Diskussionspanels mit hochrangigen Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft standen neben den wirtschaftlichen auch die energiepolitischen Beziehungen zwischen beiden Partnern auf der Agenda. Darüber hinaus debattierten die Referenten über die Aussichten einer erfolgreichen Umsetzung des Assoziierungsabkommens durch die Ukraine, für den Fall, dass die Unterzeichnung bald nachgeholt wird. Das KAS-Auslandsbüro in Kiew veranstaltete das Euroatlantische Forum mit seinen Partnerinstitutionen bereits zum fünften Mal. Mit insgesamt rund 250 Teilnehmern an beiden Tagen stieß es auf großes Interesse.

+++ KURZMELDUNG +++

Buzek eröffnet KAS-Energiekonferenz

Jerzy Buzek eröffnete Ende November als amtierender Präsident des Europäischen Parlaments die Konferenz „Europas Energieversorgung – Heute und Morgen“, zu der das KAS-Auslandsbüro in Lettland gemeinsam mit seinem estnischen Partner, dem Pro-Patria-Institut, eingeladen hatte. Experten und Politiker aus der Ostseeregion, den USA und Brüssel diskutierten über die umwelt-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Aspekte aktueller und zukünftiger Strategien nachhaltiger Energieversorgung. Buzek betonte, dass bei der Entwicklung einer europäischen Energieagenda Energieeffizienz mit der Förderung erneuerbarer Energien Hand in Hand gehen müsse.

AUF DEM WEG NACH EUROPA

ALBANIEN IM REFORMPROZESS

Roderich Kiesewetter MdB, Delegationsleiter des Bundestages in der Parlamentarischen Versammlung der Union für das Mittelmeer, sprach am 7. Februar in Berlin bei einer Veranstaltung der KAS mit der albanischen Parlamentspräsidentin, Jozefina Topalli (rechts im Bild), über den Reformprozess Albanien auf dem Weg in die EU.



Handlungsbedarf sehen Topalli und Kiesewetter vor allem bei der wirksamen Bekämpfung von Korruption und der Schaffung einer unabhängigen Judikative. Zudem müsse es gelingen, die Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. Kiesewetter lobte ausdrücklich die ausgleichende diplomatische Rolle Albanien in der Region, indem es mäßigend auf Serbien und die Türkei einwirke. Trotzdem wolle Europa jetzt Fortschritte sehen. Davon unberührt bleibe die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach der europäischen Perspektive für jedes Land auf dem Balkan. Diese griff Topalli dankbar auf. Sie sagte: „Wir wollen nach Hause zurückkehren. Wir sind Teil der Familie.“ Sie dankte Deutschland dafür, dass es Albanien die Tür nach Europa geöffnet habe. Nun müsse Europa seiner historischen Verantwortung gerecht werden.



■ MEDIEN

FÜHRENDE MEDIENKONFERENZ AFRIKAS TAGT IN TUNIS

WELCHE ZUKUNFT FÜR TRADITIONELLE MEDIEN?

Der führende Medien-Marktplatz Afrikas, das African Media Leaders Forum (AMLF), fand im November 2011 in Tunis mit nachhaltiger Unterstützung der KAS statt. Inspiriert vom Arabischen Frühling lautete der Titel „What future for traditional media?“ Ein Fokus lag also auf der Rolle von sozialen Medien und der Partizipation des Bürgers am Medien- und Kommunikationsprozess.

Mehr als 350 Teilnehmer aus 48 Ländern hatten sich versammelt, eine Rekordbeteiligung im vierten Jahr des AMLF. Unter ihnen war auch der tunesische Premierminister der Übergangsregierung, Beji Caid el Sebsi, der seine persönliche Anerkennung für die Arbeit der Stiftung ausdrückte. Zuvor hatten die African Media Initiative (AMI) und das KAS-Medienprogramm Subsahara-Afrika jahrelang konkurrierende panafrikanische Medienkonferenzen organisiert. Im Frühjahr 2011

verständigten sich beide Organisationen unter der Leitung von Amadou Mahtar Ba (AMI) und Markus Brauckmann (KAS) darauf, die Kräfte zu bündeln und unter dem Banner des African Media Leaders Forum eine gemeinsame Veranstaltung auszurichten.

Versammelt hatten sich private Medienbesitzer sowie Experten und führende Vertreter der Medien-Entwicklungszusammenarbeit, darunter Trevor Ncube (Verleger „Mail & Guardian“), Kim Norgaard (Afrika-Bürochef CNN), Eric Chinje (Weltbank), Said Ali Laswad („The Tripoli Post“) und Emna Ben Jemma (tunesische Bloggerin). Die Teilnehmer kamen aus allen Teilen Afrikas, einschließlich der französischsprachigen Länder. Die Veranstaltung wurde in beide Sprachen übersetzt und wurde so ihrer regionalen Rolle eindrucksvoll gerecht.

Zu den prominenten Teilnehmern auf dem AMLF gehörte auch Kim Norgaard, Afrika-Bürochef von CNN.

+ + + KURZMELDUNG + + +

Oman und Kuwait: KAS startet Journalistentraining

Nach den erfolgreichen Seminaren für Nachwuchsjournalisten in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) bietet die KAS nun auch in Oman und Kuwait Journalismustraining an. Der erste Kurs fand vom 3. bis 7. März 2012 an der Sultan-Qaboos-Universität (SQU) in Muskat, Oman, statt und wurde gemeinsam mit dem Cultural Club of Oman und der Omanischen Journalists Association organisiert. Unter Leitung von JONA-Altstipendiatin Anne Allmeling und Abdallah al-Maani von der SQU erhielten 16 omanische Nachwuchsjournalisten, davon 14 Frauen, praktische Einblicke in journalistisches Arbeiten. „Unsere Erfahrungen mit Kursen in den VAE haben gezeigt, wie wirkungsvoll diese Seminare sein können,“ sagte Thomas Birringer, Leiter des KAS-Regionalprogramms Golf-Staaten. „Journalisten sind ein wichtiger Pfeiler der Zivilgesellschaft. Sie müssen für diese verantwortungsvolle Aufgabe bestens ausgebildet werden.“ Im April 2012 starten in Zusammenarbeit mit der Kuwait Journalists Association die Kurse auch in Kuwait.

GEBETE, WAHLKAMPF-SONGS UND BEIFALL – DIE E-LECTION BRIDGE IN GHANA

Am Anfang ein stilles Gebet, in der Mitte feurige Wahlkampf-Songs und zum Ende Beifall: Der Workshop „Medientraining und Strategie: Wie man den Wähler erreicht“ spiegelte die bunte Vielfalt politischer Kommunikation im westafrikanischen Ghana wider. Das Seminar für Mitglieder der demokratischen Opposition fand unter dem Dach der „E-lection Bridge Africa“ am 6. und 7. Februar 2012 in Accra statt.



Die US-amerikanische Wahlkampfexpertin Heather Thuynsma, die in etlichen internationalen Kampagnen erstrangige Erfahrungen sammelte, demonstrierte, wie politische Akteure sowohl die Bürger als auch die Medien erreichen – praktisches Kameratraining inklusive. In einem Zeitalter, in dem Kommunikation die Botschaften und Strategien der Politik immer nachhaltiger prägt, erwies sich dieser Ansatz als äußerst nützlich. Ab sofort werde man das Erlernte umsetzen, so ein Teilnehmer.

Um im Wahljahr 2012 genau auf die Bedürfnisse der nationalen Partnerpartei „New Patriotic Party“ einzugehen, hatte das KAS-Auslandsbüro in Ghana die passende Zielgruppe der regional verankerten politischen Kommunikatoren identifiziert. Das KAS-Medienprogramm Subsahara-Afrika gestaltete mit der Referentin das Programm. So wurde die erfolgreiche Zusammenarbeit fortgesetzt.



Präsident Ram Baran Yadav eröffnet die Jahresversammlung der „Asia News Network“.

MEDIEN ■

„ANN“ DISKUTIERT KLIMAWANDEL IN NEPAL

Die Verbreitung aktueller und verlässlicher Informationen ist Voraussetzung dafür, der Bevölkerung von Nepal die Risiken des Klimawandels zu erläutern und ihr bei der Anpassung an mögliche Veränderungen zu helfen. Der Präsident von Nepal, Ram Baran Yadav, ließ es sich daher nicht nehmen, die Jahresversammlung der aus 18 Ländern angereisten Chefredakteure und Herausgeber des „Asia News Network“ (ANN) Mitte Februar in Kathmandu zu eröffnen.

Vor etwa 100 Vertretern aus Politik, Medien und Wissenschaft betonte er, Medienberichte über Klima-, Umwelt- und Energiethemen müssten die Wirklichkeit in entlegenen Regionen beleuchten. Darüber hinaus bestehe die Aufgabe der Medien darin, wichtige Zusammenhänge und Entwicklungen auch länderübergreifend darzustellen.

Ständig wächst in Nepal die Gefahr plötzlicher Überschwemmungen. Das Schmelzwasser der Gletscher gefährdet das Leben der Menschen, die am Fuß der Gebirge leben. Die Überschwemmungsgefahr gefährdet auch die Energieversorgung des Landes, denn Investitionen in neue Staudämme und Turbinen erfordern stabile und vorhersehbare Wasserverhältnisse, erläuterte Sandip Shah, Leiter der Nepal-Projekte des norwegischen Energiekonzerns SN Power. Außerdem beeinflusst das Klima im Himalaya und im Hochland von Tibet die Wasserversorgung von bis zu einer Milliarde Menschen, denn aus den Gletschern speisen sich die großen Flüsse in Ost- und Südasiens. Zugleich warnte Dipak Gyawali, Nepals ehemaliger Minister für Wasserversorgung, vor einem „Medienhype“ beim Klimawandel. Die Berichterstattung über das Thema dürfe die Auseinandersetzung mit anderen, ebenso schwerwiegenden Umweltproblemen nicht in den Hintergrund drängen.

KOMMUNIKATIONSBERATUNG FÜR DEN WAHLGERICHTSHOF IN COSTA RICA

Im Rahmen des langfristig angelegten Beratungsprogramms KOMPARTIDO®, das vom KAS-Medienprogramm Lateinamerika für die politische Kommunikationsberatung entwickelt wurde, fand im Dezember 2012 ein Workshop zur Stärkung der institutionellen Kommunikation des Obersten Wahlgerichtshofes (WGH) von Costa Rica statt.

Der WGH hatte Unterstützung auf diesem Gebiet angefordert, nachdem er 2007 anlässlich einer Volksbefragung zur Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit den USA massiv unter Druck geraten war. Seit 2009 berät das Medienprogramm den WGH umfangreich in externer wie interner Kommunikation. Ein Krisenkommunikationskonzept sowie ein institutioneller Gesamtplan für die externe Kommunikation wurden bereits entwickelt, momentan wird eine Strategie für die interne Kommunikation entworfen. All diese Projekte werden von erfahrenen Kommunikationsberatern der Organisation Lateinamerikanischer Politikberater (OCPLA) betreut, mit der das Medienprogramm seit vielen Jahren eng zusammenarbeitet.

In vielen Ländern Lateinamerikas übernehmen Wahlgerichtshöfe (WHG) Aufgaben, die weit über die schlichte Wahlbeobachtung hinausgehen: Sie sind für politische Bildung zuständig oder stellen Urkunden und Personalausweise für die Bevölkerung aus. Sie stehen daher weit stärker im Rampenlicht, als dies in Deutschland der Fall ist. Ihr Ruf ist meist hervorragend, schützt sie aber nicht immer vor politischen Anfeindungen.

AUF SENDUNG! RADIOPROGRAMM SOLL JUNGE MENSCHEN FÜR POLITIK BEGEISTERN

Seit Anfang Februar sind die Young Politicians Union (YPU, s. Foto) – ein parteiübergreifender Verband von jungen Politikern in Malawi – und die KAS mit einem wöchentlich ausgestrahlten, interaktiven



Radioprogramm auf Sendung. Wechselnde Studiogäste wie Parteivertreter, politische Berichtersteller, Vertreter der YPU und anderer Institutionen berichten zu aktuellen politischen Entwicklungen und beantworten Zuhörerfragen, die per Telefon oder SMS gestellt werden. In den ersten Sendungen ging es um das politische Engagement junger Leute, das malawische Wahlrecht und das Regierungssystem. Die YPU informiert auch über Aktivitäten des Verbandes und erreicht so landesweit Mitglieder und interessierte Zuhörer. Vor allem mit Blick auf die Wahlen 2014 soll das Radioprogramm junge Leute zur Beteiligung und zum Engagement in politischen Parteien anregen. Zu hören immer freitags, 13.30–14.30 Uhr, bei Transworld Radio!

■ DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

GEMEINSAM FÜR DEMOKRATIE IN DER ARABISCHEN WELT

Das Auslandsbüro der KAS in der Türkei organisierte gemeinsam mit dem Think-Tank USAK (International Strategic Research Organisation) Ende 2011 einen internationalen Workshop mit dem Titel „Working Together for Democracy in the Arab World“, zu dem sich Experten, Aktivisten und Politiker aus dem Nahen Osten, der Türkei und Europa trafen. Zweck war der Austausch über mögliche Formen und Konzepte der türkisch-europäischen Zusammenarbeit für die weitere Unterstützung der voranschreitenden Transformationen in der arabischen Welt.

Beraten wurde u. a. der aktuelle politische Zustand der Region, die Eignung der Türkei als Modell in diesem Transformationsprozess bis hin zu den Instrumenten und Voraussetzungen für eine künftige

mögliche interregionale Zusammenarbeit. Misbah Al-Ahdab, der Vizepräsident der Demokratischen Erneuerungsbewegung im Libanon, zeigte sich aufgrund der Schwächung des radikalen Islam im letzten Jahrzehnt optimistisch hinsichtlich einer weiteren Demokratisierung. Für den Aufbau eines erfolgreichen Kooperationsdreiecks unterstrich Eduard Soler die Bedeutung der Zusammenarbeit von europäischen und türkischen Entwicklungsorganisationen wie TIKKA und ICO. Die konstruktive Position in der so genannten türkischen Modell-Debatte lässt sich im folgenden Satz zusammenfassen: „Die Türkei hat Vorzeigecharakter, wie die Macht des Militärs mit einer säkular verfassten Demokratie und einer religiösen Ausrichtung der Gesellschaft in Einklang gebracht werden kann. Außerdem dient die Türkei als Vorbild für ein erfolgreiches Wirtschaftsmodell und für eine Zusammenarbeit zwischen den Kulturkreisen des Ostens und des Westens.“



V.l.n.r.: Dr. Colin Dürkop, Leiter des KAS-Auslandsbüros in der Türkei, Prof. Misbah Al-Ahdab, Vizepräsident der Demokratischen Erneuerungsbewegung im Libanon, Professor Hüseyin Bağcı von der Middle East Technical University in Ankara und Ali Huessein Bakeer, International Strategic Research Organisation (USAK) in Ankara

SOZIALE VERANTWORTUNG WAHRNEHMEN

KAS-Partner Tawasul verleiht Preis für zivilgesellschaftliches Engagement

Es war die dritte jährliche Verleihung der Civil Society Leaders Awards, die Prominente aus Politik und Zivilgesellschaft am 14. November in Maskat zusammenbrachte. Dabei wurden herausragende Leistungen aus dem öffentlichen, privaten und



S.H. Sayyid Loay bin Ghalib Al Said würdigt Amal Al Manai aus Katar als weibliche Führungskraft des Jahres. Links Tawasul-Direktor Khalid Al Haribi

zivilgesellschaftlichen Sektor gewürdigt. Im Mittelpunkt stand zivilgesellschaftliches Engagement zur nachhaltigen Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. 24 Organisationen und Einzelakteure aus allen GCC-Staaten waren unter den Kandidaten der Schlussauswahl. Dabei handelte es sich insbesondere um Organisationen zur Förderung von Frauen und Jugendlichen. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einer Podiumsdiskussion über die Kooperation zwischen den verschiedenen Sektoren. Die Panelisten rieten jungen Menschen zu mehr Volontärsarbeit. Auch soziale Medien sollten eine noch stärkere Rolle einnehmen.

STEFAN JOST VOM KOLUMBIANISCHEN KONGRESS AUSGEZEICHNET

Der Vertreter der KAS in Kolumbien, Prof. Dr. Stefan Jost, wurde am 24. Januar 2012 vom kolumbianischen Kongress ausgezeichnet. Er erhielt die Auszeichnung für seine „hervorragende Arbeit zugunsten der Demokratie und der politischen Institutionen Kolumbiens“. Hervorgehoben wurde sein „selbstloser Einsatz für den Rechtsstaat, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und seine Unterstützung bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des innerkolumbianischen Konflikts“. Der Orden des kolumbianischen Kongresses wird normalerweise nur kolumbianischen Staatsbürgern für ihre



Verdienste um das Land verliehen. Stefan Jost nahm die Auszeichnung in einer Feierstunde im Kongress entgegen.



V.I. Der indische Minister für Jugend und Sport, Ajay Maken, eröffnet die Auftaktveranstaltung der Vorstellung der KAS-CSDS Jugendstudie zum Thema „Indische Jugend und Politik in Indien.“

KAS-CSDS JUGENDSTUDIE ZUM THEMA „INDISCHE JUGEND UND POLITIK“ VERÖFFENTLICHT

ANSICHTEN UND PRÄFERENZEN DER JUNGEN BEVÖLKERUNG INDIENS

Am 27. Februar 2012 veröffentlichte die Konrad-Adenauer-Stiftung in Indien gemeinsam mit dem indischen Partner Centre for the Study of Developing Societies (CSDS), Neu Delhi, die zweite KAS-Jugendstudie zum Thema „Indische Jugend und Politik“ in Indien.

Die wichtigsten Ergebnisse der von der KAS initiierten Jugendstudie wurden im Rahmen eines Fachgesprächs unter Teilnahme des Ministers für Jugend und Sport, Ajay Maken, dem Politikexperten und Senior Fellow am CSDS, Professor Yogendra Yadav, der Leiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indien, Dr. Beatrice Gorawantschy, dem wissenschaftlichen Leiter der Studie und Co-Direktor CSDS-Lokniti, Sanjay Kumar, sowie Professor Sandeep Shastri, Wissenschaftlicher Berater am CSDS-Lokniti, vorgestellt und diskutiert.

Die Studie analysiert die Beziehung zwischen Jugend und Politik in Indien, beschreibt die politischen Ansichten und Wahrnehmungen der indischen Jugend und grenzt diese gegenüber anderen Altersgruppen innerhalb der indischen Bevölkerung ab. Laut Studie spricht sich ein Großteil der indischen Jugend gegen die so genannte Dynastie-Politik Indiens aus, bevorzugt in der Regel jüngere Parlamentarier und steht Wahlreformen grundsätzlich positiv gegenüber. Ein Drittel der Befragten würde eine Karriere in der Politik aufnehmen, wenn sie die Chance dazu bekämen.

In der Regel ist die urbane Jugend über politische Themen besser informiert als die ländliche, und der Anteil der politisch Interessierten und der Umfang der politischen Aktivitäten ist unter den männlichen Jugendlichen höher als unter den weiblichen.

DEMOKRATIE STÄRKEN – GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG FÖRDERN

EU-PROJEKT DER KAS IN UGANDA ANGELAUFEN

Das KAS-Auslandsbüro in Uganda und sein Partner Action for Development (ACFODE) haben das gemeinsame EU-Projekt zur Förderung Guter Regierungsführung erfolgreich auf Kurs gebracht: Im Dezember 2011 wurde ein umfangreicher „Methodenkoffer zur politischen Bildung“ entwickelt und der Öffentlichkeit präsentiert. Er kombiniert Anweisungen und Hintergrundinformationen für Trainer mit leicht verständlichen Informationsmaterialien zur Aufklärung der Bürger. Seit Anfang des Jahres werden fortlaufend Vertreter der Zivilgesellschaft in den Zieldistrikten des Projekts damit weitergebildet. Die attraktiven Materialien des Methodenkoffers – darunter Comic-Broschüren (s. Bild) – sollen dabei helfen, demokratische Werte und Prinzipien in leicht verständlicher



Weise der lokalen Bevölkerung zu vermitteln. Parallel dazu finden Workshops für Lokalpolitiker auf Distrikt-ebene statt. Diese sollen die Politiker für ihre Rolle und Verantwortung als gewählte Vertreter sensibilisieren. Die Kombination beider Fortbildungsreihen zielt darauf ab, sowohl die „Nachfrage-“ als auch die „Angebotsseite“ im Hinblick auf Gute Regierungsführung zu stärken.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehören zu den zentralen Zielen der internationalen Stiftungsarbeit.

■ RECHTSSTAAT

SÜDOSTASIEN UND DER INTERNATIONALE STRAFGERICHTSHOF

Vor dem Hintergrund der Unterzeichnung des Rom-Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes im August 2011 durch die philippinische Regierung veranstaltete das KAS-Rechtsstaatsprogramm Asien in Zusammenarbeit mit dem LAWASIA Institut der Philippinen am 1. und 2. Dezember 2011 eine Konferenz zum Thema „Südostasien und der ICC“.

Die Konferenz zielte darauf ab, den Meinungsaustausch zwischen südostasiatischen Wissenschaftlern auf der einen und Vertretern aus den Rechtsinstitutionen auf der anderen Seite zu fördern, um herrschende Vorurteile über den ICC, seine Strukturen und seine Verfahrensregeln auszuräumen. Mit der Unterzeichnung des Statuts durch die Philippinen sollte ein Zeichen an weitere südostasiatische Länder gesendet werden, ebenfalls dem ICC beizutreten, da mit den Philippinen erst das zehnte asiatische Land das Rom-Statut unterzeichnet hat. Dies machte auch Justizministerin Leila De Lima deutlich, die ebenfalls an der Konferenz teilnahm.



Die philippinische Justizministerin Leila Da Lima (rechts) mit der ehemaligen Botschafterin der Philippinen in Deutschland, Delia Domingo-Albert (links), und Marc Spitzkat, Leiter des KAS-Rechtsstaatsprogramms Asien

Eingeleitet wurde die Konferenz mit einem Überblick über die Entstehungsgeschichte des ICC und seine Rechtsprinzipien. Dabei wurde insbesondere das Komplementaritätsprinzip des Gerichtshofes herausgestellt. Der zweite Konferenzabschnitt nahm die Beziehungen der asiatischen Länder zum ICC in den Blickpunkt und diskutierte die Herausforderungen des ICC in der Region. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die spezielle Rolle der Philippinen geworfen, die aus ihren früheren inneren Konflikten und ihrer Verantwortung als Vorbild im asiatischen Raum resultiert.

KAS-PUBLIKATIONEN ZUM VERFASSUNGSRECHT

Die verfassungsrechtliche Entwicklung in Lateinamerika ist ein Schwerpunkt in der Arbeit der KAS in den Länderprogrammen sowie im Regionalprogramm Rechtsstaat. In einer gemeinsamen Veranstaltung im Februar stellten das Büro der Stiftung in Kolumbien und das Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika die jüngsten verfassungsrechtlichen Publikationen vor.

Aus Anlass des 20. Jahrestags der Verfassung von 1991 hat das Länderbüro einen Sammelband mit 25 Beiträgen erarbeitet, während das Rechtsstaatsprogramm die 17. Ausgabe des „Anuario Constitucional Latinoamericano“ präsentierte. Die Vorstellung vor rund 150 Personen übernahmen der kolumbianische Justizminister, Dr. Juan Carlos Esguerra, der der

Stiftung seit vielen Jahren verbunden ist sowie der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichts, Dr. Nelson Pinilla, und der Richter am Verfassungsgericht, Dr. Alfonso Palacios. Esguerra, selbst Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung von 1991, würdigte den langjährigen, erfolgreichen und unverzichtbaren Einsatz der KAS in diesen Bereichen.



V.l.n.r.: Dr. Stefan Jost, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Kolumbien, Dr. Alfonso Palacios, Justizminister Dr. Juan Carlos Esguerra, Dr. Christian Steiner, Leiter des KAS-Rechtsstaatsprogramms Lateinamerika, Teil Mexiko, Zentralamerika und Kolumbien, und der ehem. Präsident des Verfassungsgerichts, Dr. Nelson Pinilla

Mit Projekten in über 100 Ländern engagiert sich die KAS weltweit für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

NEUIGKEITEN AUS DER EUROPÄISCHEN UND INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT ■

NAMEN UND GESICHTER



Hans-Hartwig Blomeier

- Leitet seit Februar das Büro der KAS in Uruguay
- Zuletzt Leiter der Abteilung Lateinamerika der HA EIZ
- Kontakt: hans-hartwig.blomeier@kas.de



Dr. Alexander Brakel

- Übernimmt im April die Leitung des KAS-Auslandsbüros Weißrussland in Vilnius
- War zuvor Abteilungsleiter für Wirtschaftspolitik beim BITKOM
- Kontakt: alexander.brakel@kas.de



Steffen Krüger

- Wird im Mai die Leitung des Auslandsbüros in der DR Kongo übernehmen
- War bereits Projektassistent der KAS im Politischen Dialogprogramm Westafrika
- Kontakt: steffen.krueger@kas.de



Dr. Thomas Schrapel

- Wird ab April das KAS-Auslandsbüro in Albanien führen
- Koordinierte zuvor den Bereich „Neue Länder“ der Abteilung Politik und Beratung
- Kontakt: thomas.schrapel@kas.de



Tinko Weibezahl

- Hat im Februar die Leitung des KAS-Auslandsbüros in Afghanistan übernommen
- Leitete zuvor das Auslandsbüro in der DR Kongo
- Kontakt: tinko.weibezahl@kas.de

HAND IN HAND FÜR DAS NEUE TUNESIEN

Passend zum ambitionierten Reformprogramm in Tunesien fand die Fachkonferenz der für den Nahen Osten und Nordafrika zuständigen Mitarbeiter in diesem Jahr in Tunesien statt. Der ehemalige Premierminister Essebsi und Kooperationspartner der KAS berichteten über die Fortschritte der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Besucht wurde auch die Verfassungsgebende Versammlung, die mit der Ausarbeitung der neuen tunesischen Verfassung beauftragt ist.



Die Mitarbeiter der KAS besuchten die Verfassungsgebende Versammlung



Das KAS-Nachkontaktseminar diente den Teilnehmern aus Bolivien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela als Plattform zu weiterer regionaler Vernetzung.

NACHKONTAKTSEMINAR ANDENLÄNDER IN LIMA

50 Jahre nach Eröffnung der ersten Auslandsbüros der KAS in Venezuela und Chile lud die Stiftung Anfang März fast 100 Altstipendiaten und ehemalige Teilnehmer an Deutschlandprogrammen aus fünf Andenländern nach Lima ein, darunter hochrangige Parteivertreter, ehemalige Staatspräsidenten und Minister, Regionalpräsidenten, Abgeordnete und Bürgermeister sowie Vertreter aus Wissenschaft, Medien, Zivilgesellschaft und Kirche.

Im Rahmen des weltweit vierten Nachkontaktseminars seit 2009 konnte die Verbindung von wichtigen Entscheidungsträgern und bedeutenden Führungspersonlichkeiten aus Politik und Gesellschaft mit der Stiftung vertieft werden. In Panels zu Demokratieentwicklung, sozialer Ungleichheit trotz wirtschaftlichen Fortschritts und Einschränkungen der Medienfreiheit diskutierten die Teilnehmer drängende Probleme des Andenraums. Ziel des Seminars war vor allem die Förderung der Netzbildung von Experten und Multiplikatoren auf nationaler und regionaler Ebene. Durch den intensiven Dialog konnten gemeinsame Arbeitsfelder und Interessen identifiziert werden.



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN

AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



FROM CONFLICT PREVENTION TO POST-CONFLICT RECONSTRUCTION:

Peacekeeping lessons for UNSC non-permanent members South Africa and Germany

Dr. Petrus de Kock nimmt den nichtständigen Sitz Deutschlands und Südafrikas im UN-Sicherheitsrat zum Anlass, mögliche Kooperationen beider Länder im Bereich der friedlichen Konfliktprävention auszuloten. Die Publikation ist ein Gemeinschaftsprojekt der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem South African Institute of International Affairs und der Hanns-Seidel-Stiftung und wurde vom Institut für Auslandsbeziehungen gefördert.



MEGA-EVENTS ALS MOTOR FÜR NACHHALTIGE URBANE ENTWICKLUNG?

Die bedeutendsten internationalen Mega-Events wie die Fußball-Weltmeisterschaft, die Olympischen Spiele oder die Commonwealth Games sind nicht nur die größten Sportereignisse der Welt, sondern gelten auch als Motor für nachhaltige urbane Entwicklung. Die Autoren des neuen KAS-Handbuchs zeigen auf, welche Chancen und Risiken mit der Austragung der FIFA-Fussball-WM in Südafrika 2010, der Commonwealth Games in Indien 2010 und der Olympischen Spiele 2016 in Brasilien für die drei Gastgeberländer verbunden waren und noch sind.



THE „FOURTH ESTATE“ IN DEMOCRACY ASSISTANCE

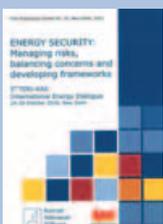
Practices and Challenges of German and International Media Cooperation

Medienexperten aus verschiedenen europäischen Ländern analysieren in dieser Publikation sowohl den gegenwärtigen Status als auch die künftigen Herausforderungen der Medienentwicklungszusammenarbeit. Dabei nehmen sie die Geberpolitik in ausgewählten europäischen Ländern in den Blick, diskutieren aber auch konkrete Themen und Projekte.



POLITICAL POLLING IN ASIA-PACIFIC

Während politische Meinungsumfragen in Singapur noch kein ausgereiftes Instrument darstellen, sind sie in Malaysia, Thailand und den Philippinen zu einem festen, wenn auch oft kontroversen Bestandteil der politischen Kultur geworden. Die Autoren präsentieren Fallstudien und analysieren das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln: Der Einfluss sozialer Medien auf politische Meinungsumfragen wird ebenso untersucht wie das oft angespannte Verhältnis zwischen Meinungsforschern und den Medien und deren Einfluss auf die öffentliche Meinung.



ENERGY SECURITY: MANAGING RISKS, BALANCING CONCERNS AND DEVELOPING FRAMEWORKS

Publikation zum 5. Internationalen Energiedialog der KAS in Indien

Bereits zum fünften Mal hat die KAS in Indien gemeinsam mit dem führenden indischen Energieforschungsinstitut TERI (The Energy and Resources Institute) einen internationalen Dialog zum Thema Energiesicherheit in Neu Delhi, Indien durchgeführt. Die Ergebnisse der Konferenz „Energiesicherheit: Umgang mit Risiken, Herausforderungen und die Entwicklung von Energiestrukturen“ wurden nun publiziert.



HANDBUCH ZUR UMWELTGESETZGEBUNG DER REPUBLIK MAZEDONIEN

Durch den EU-Harmonisierungsprozess hat sich die mazedonische Umweltgesetzgebung in den letzten neun Jahren deutlich verändert. Die neuen Gegebenheiten sind allerdings nicht ausreichend bekannt und in Mazedonien diskutiert. Die Publikation entstand in Zusammenarbeit mit der Nichtregierungsorganisation FRONT 21-42, die sich in Mazedonien wegen ihres umweltpolitischen Engagements einen Namen gemacht hat.